RECHTE POLITIK IN EUROPA ODER GEFAHR VON RECHTSAUSSEN – Gewerkschaften für ein offenes und solidarisches Europa

AK-Wien-, VÖGB-, IG-Metall-Konferenz,
Wien, 2.-4.Dezember 2015

Rechter Vormarsch in Deutschland im Kontext der Flüchtlingsdebatte

Alexander Häusler (Hochschule Düsseldorf, Forschungs-schwerpunkt Rechtsextremismus / Neonazismus (FORENA)

Vor dem Hintergrund eines rapiden Anstiegs von rassistisch motivierten Straftaten auf Flüchtlingsunterkünfte warnen die deutschen Sicherheitsbehörden vor dem Entstehen neuer terroristischer Strukturen in der extremen Rechten. Diese gefährlichen Entwicklungen sind eingebettet in eine drohende Verfestigung einer Protestkultur mit rassistischer Stoßrichtung, welche im Kontext der aktuellen Flüchtlingsdebatte massiven Zulauf erhält.

Aktuell vollzieht sich in Deutschlandeine rapide ansteigende Protestsymbiose von gewaltorientierten, extrem rechten Strukturen mit „wutbürgerlichen", rechtspopulistischen und sozial prekarisierten Milieus im Zuge einer qualitativ und quantitativ eruptiv ansteigenden politischen Verrohung und Entgrenzung einer rassistisch grundierten Protestkultur.

Diese Form der Selbstermächtigung und der politisch angestrebten Konflikteskalation erfährt massiv an Selbstlegitimierung durch politische und mediale Drohkulissen gegenüber Flüchtlingen und dem weitgehenden Ausblenden von politischen Fehlern und Planlosigkeiten in Bezug auf die aktuelle Flüchtlingsproblematik sowie deren Ursachen. Unter dem Verweis auf einen angeblichen „nationalen Notstand" aufgrund der massiv angestiegenen Flüchtlingszahlen vollzieht sich auf dem rechten Feld eine Form von Selbstermächtigung durch organisierte Gruppen, Protestakteure und rechte „Bewegungsunternehmer", die mittels völkisch konnotierter Untergangsprophezeiungen eine politische Eskalation der Proteste betreiben. Diese völkisch-nationalistische Eskalationsstrategie auf der Straße steht in einem engen Wirkungszusammenhang mit einer gesamtpolitischen Polarisierung in der deutschen Flüchtlingsdebatte. Diese Polarisierung zeigt sich nicht nur im zivilgesellschaftlichen

Alltag und den Protesten zwischen dem Lager für eine „Willkommenskultur“ und dem Lager der „Asylanten-Stopp“-Protagonisten – sie verändert zugleich hegemoniale (partei-)politische und (grund-)gesetzliche Formen in Staat und Gesellschaft: Politisch zeigt sich dies in einem rapiden Zustimmungsverlust von Bundeskanzlerin Merkel nach ihrem „Wir schaffen das“-Credo, das einhergeht mit einer „Orbanisierung“ der Schwesterpartei CSU, großen Teilen der CDU-Basis und einem offensichtlich planlosen Wackelkurs der SPD sowie in der Formierung der AfD zu einer rechtspopulistischen Straßenprotest- und Anti-Merkel-Partei mit zunehmend völkisch-nationalistischer Stoßrichtung.
Hierbei benötigen folgende Punkte eine tiefergehende Betrachtung:

1. Die Pegida-Aufmärsche können als Indikator für ein rassistisch mobilisierbares Potential gedeutet werden: Pegida hat den Resonanzrahmen geschaffen für die aktuell sich zuspitzende rassistische Eskalationsspirale auf der Straße.
2. Bislang heterogene Milieus der extremen und der sog. Neuen Rechten wachsen aktionsorientiert zusammen und finden im Zuge staatspolitischer Legitimationsverluste rapide an Zustimmung in politisch entfremdeten nationalkonservativen sowie in sozial deklassierten Milieus.
3. Unter dem Sog der Pegida-Aufmärsche und deren Ablegern sowie den AfD-Erfurt-Demonstrationen formiert sich eine Symbiose von politisch diffusen „Wutbürgern“ und extrem rechten Agitatoren, die zu einem „nationalen Aufstand“ mobilisieren.
4. Nach dem Führungswechsel in der AfD verschärft sich deren parteipolitischer Kurs rapide hin zu einem Rechtspopulismus mit völkisch-nationalistischen Merkmalsprägungen. Die AfD versucht, sich als „Anti-Flüchtlings-Partei ein Alleinstellungsmerkmal zu schaffen und sich dadurch zum politischen Profiteur der rassistischen Protestwelle zu machen.
5. Rechte Publikationsorgane („Compact“, „Junge Freiheit“, „Sezession“ etc.), rassistische Internetplattformen und zunehmende Hetze in sozialen Medien dienen als Parallelinformationsquelle zur Selbstbestätigung und als Mobilisierungsforen für eine Zuspitzung einer flüchtlingsfeindlichen, rassistischen Protestkultur, die zum „Aufstand“ unter völkisch-nationalistischen Vorzeichen aufruft.
6. NPD, neonazistische „Kameradschafts“-Strukturen und neonazistische Kleinparteien und Organisationen („Die Rechte“; „der III.Weg“ etc.) erproben die

gewaltförmige Zuspitzung der Konflikte und erhalten rapide steigende Unterstützung durch gewaltaffine Szenen im vorpolitischen Raum (Hooligans; Rechtsrock-Szenen, rechte Jugend-Cliquen etc.).

7. Sicherheitsbehörden und antifaschistische Initiativen in rechtsorientierten „Protestzonen“ warnen vor einer drohenden Eskalation rassistisch/extrem rechts motivierter Gewalt. Eine bislang äußerst geringe Quote von Festnahmen im Kontext massiv steigender Straftaten gegenüber Flüchtlingsunterkünften und extrem rechts motivierter Gewalt und fehlende politische Verurteilung politischer Verrohung in flüchtlingsfeindlichen Protestmilieus führen zu Verfestigung und Eskalation gewaltförmiger Protestkultur.

8. Entgegen öffentlicher und auch transnationaler Wahrnehmung und Würdigung der sog. Willkommenskultur in Deutschland erfahren deren Träger in politisch konfrontativen Regionen und Sozialräumen zu wenig (oder gar keine) Unterstützung. Besonders in kleinstädtischen und ländlichen Regionen sind deren Träger massiven Anfeindungen ausgesetzt.

9. Ein früher Seismograph für die aktuelle Symbiose von Elite und Mob im Kontext flüchtlingsfeindlicher Proteste war die Sarrazin-Debatte. Im Zusammenhang mit dem Aufstieg der AfD wurde die Entfremdung neoliberal und national-konservativer Milieus vom etablierten Parteienspektrum deutlich, dessen aktuelle Formierung zu einen rassistisch-nationalistischem Block im Zusammenschluss mit extrem rechten Milieus auf der Straße befeuert wird durch populistische Anti-Flüchtlingskampagnen durch Teile des politischen Establishments.

10. Die Flüchtlingsdebatte ist das aktuelle Einfallstor für die extreme Rechte und die rechtspopulistische AfD und wird nicht nur die politische Debatte über die Jahreswende hinaus zentral prägen, sondern auch massiven Einfluss auf die gesamtpolitische Kultur dieses Landes haben.